

03.03.2026 | Finanzen

Christopher Vogt: Die Ergebnisse des Berichts sollten uns eine Mahnung sein

Zur heute vorgestellten Studie zur Rolle der schleswig-holsteinischen Finanzbehörden zur Zeit des Nationalsozialismus erklärt der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Es war ein wichtiges Signal, dass der Landtag vor fast drei Jahren beschlossen hatte, die NS-Verbrechen in den Finanzbehörden aufzuarbeiten. Auf unsere Initiative hin wird nun die systematische Entrechtung, Ausbeutung und Deportation von Juden sowie Sinti und Roma ausführlich dargelegt und die Beteiligung der damaligen Landesbehörden sichtbar gemacht. Wie der Bericht zeigt, gab es gerade in der Finanz- und Steuerverwaltung viele Mechanismen und Repressionsinstrumente, um von den Nazis unerwünschte Bürger Schritt für Schritt zu entrechten und zu entmenslichen. Der Bericht zeigt auch, dass die Gesetze und Weisungen durch das nationalsozialistische Regime häufig erschreckend widerspruchs- und empathielos umgesetzt worden sind. Die Ergebnisse sollten uns eine Mahnung dafür sein, wie geräuschlos und umfassend vorgeblich sachliche Behörden zu Handlangern von Unrechtsregimen werden können.“



Christopher Vogt

Vorsitzender

Kontakt:

Eva Grimminger, v.i.S.d.P.
Pressesprecherin

Tel.: 0431 988 1488

fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de

FDP-Fraktion Schleswig-Holstein, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

E-Mail: fdp-pressesprecher@fdp.ltsh.de, Internet: www.fdp-fraktion-sh.de